

*Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister,*

Ursprünglich war für das Jahr 2021 ein Haushaltüberschuss von mehr als einer halben Millionen Euro veranschlagt. Nach Jahren des ehrgeizigen Sparens hatten wir es geschafft, wieder Eigenkapital für die Stadt aufzubauen. Zweifellos begünstigte die wirtschaftliche Entwicklung der letzten 10 Jahre kombiniert mit der allgemeinen Niedrigzinspolitik diesen Trend, aber das Resultat war insbesondere ein Verdienst gemeinsamer Anstrengungen unserer Bürgerinnen und Bürger in Zusammenarbeit mit der Politik

Der tatsächliche Haushalt für das Jahr 2021 ist für uns daher schockierend. Bereits Mitte des letzten Jahres deutete sich eine erhebliche Verschlechterung der städtischen Einnahmen an. Jetzt müssen wir feststellen, dass sich die Befürchtungen bewahrheitet haben. Als Ursache ist hier selbstverständlich die Coronakrise zu nennen, die die Haushalte auf Bundes-, Landes- und Kreisebenen erheblich belastet und auch vor unseren kommunalen Haushalten keinen Halt macht.

In Krisensituationen empfiehlt es sich zu prüfen, welche Dinge man hinnehmen muss, da man sie kaum beeinflussen kann, aber auch zu prüfen, welche Veränderungen man mit Mut vor Ort gestalten kann.

Welchen finanzpolitischen Zwängen sehen wir uns also gegenüber?

Wir stehen als Kommune am Ende der finanzpolitischen Nahrungskette. Der Kreis erinnert uns daran auch immer wieder, wenn er seit Jahren rücksichtslos die Kreisumlage erhöht und sich auf Kosten seiner Kommunen saniert. Die von uns zu bezahlende Kreisumlage ist wieder gestiegen und mindert unseren Überschuss. Wir stehen daher nur noch mit einem Ergebnis von gut 167.000 € da. Für das nächste Jahr 2022 wird wieder mit einem Defizit in Millionenhöhe gerechnet. Immerhin will der Kreis nun wenigstens für das Jahr 2022 von einer Erhöhung absehen. Das ist allerdings zu wenig, da unsere Belastungen durch die Kreisumlage in den Jahren danach wieder steigen werden! Wir schließen uns der Kritik der oberbergischen Bürgermeister an, die den Kreis aufgefordert haben, die Kreisumlage zu senken. Wir brauchen da eine echte Trendwende! Unsere Neustädter Kreistagsmitglieder müssen da ebenfalls deutliche Worte finden.

Wir können die Landespolitik nur bedingt beeinflussen. Der rot-grüne Stärkungspakt hat uns geholfen überhaupt wieder in eine bessere Lage zu kommen. Zur Erinnerung: über die Jahre hat uns das Land NRW unter der rot-grünen Landesregierung hier mit einem zweistelligen Millionenbetrag unterstützt. Wir warten noch auf eine vergleichbare Kraftanstrengung von schwarz-gelb. Wo bleiben die Taten von Armin Laschet? Unseren Bürgerinnen und Bürgern hat er damals bei den Protesten gegen die Grundsteuerbelastung vor dem Landtag Hilfe versprochen. Den großen Worten folgten keine Taten. Zu den Sonderkosten der Coronakrise ist der Landesregierung nur ein Bilanztrick eingefallen. Den Kommunen wird erlaubt, nichtexistierende „außerordentliche Erträge“ einzubuchen, um die Coronakosten bilanziell zu verstecken. Da es keine echte Finanzhilfe aus Düsseldorf gibt, sondern nur Bilanzkosmetik, steigt der Schuldenberg einfach weiter und wird von unserer Bürgerschaft abbezahlt werden müssen. Das ist keine seriöse Finanzpolitik, sondern Augenwischerei. Faktisch haben wir auch schon in diesem Jahr ein Millionendefizit in etwa der Höhe des sogenannten „außerordentlichen Ertrages“ von knapp 2,1 Millionen €.

Die bundespolitische Finanzpolitik wird starke Effekte auf die Kommunen haben. Wir erinnern an dieser Stelle an unsere Resolution aus dem Sommer des letzten Jahres, indem wir Bund und Land aufgefordert haben, sich endlich um eine Verbesserung der kommunalen Finanzen und eine Übernahme kommunaler Schulden zu kümmern. Dieser Vorschlag des Bundesfinanzministers wäre eine echte Hilfe.

Wir schließen uns als SPD-Fraktion der Forderung des Städtetages NRW an, der die Finanzsituation der Kommunen unseres Landes als Zitat „höchst problematisch“ ansieht. Einerseits haben wir mit geringeren Steuereinnahmen und andererseits mit steigenden Sozialkosten zu kämpfen. Der Städtetag schlägt vor, wie auch im Jahr 2020, den Kommunen die Verluste bei den Gewerbesteuererinnahmen für dieses Jahr und das Jahr 2022 zu ersetzen. Das wäre ein wichtiges Signal der Politik.

Die skizzierten Punkte unterliegen leider nicht unserem städtischen Einfluss, machen aber einen Kernkonflikt zwischen rechts und links deutlich. Wir als SPD wollen einen starken Staat und stabile Kommunen. Die Mittel zur Finanzierung des Gemeinwesens müssen von denen kommen, die wirtschaftlich am stärksten profitieren.

Die oben genannten Sachzwänge geben Grund zur Klage, taugen aber nicht als Entschuldigung, sich untätig mit der eigenen Situation abzufinden. Was können wir nun also tatsächlich vor Ort ändern?

Wir müssen uns als Bürgerschaft zusammen dringend Neuerungen öffnen. Dazu muss man noch nicht einmal das Rad neu erfinden, sondern sich nur aufmerksam bei den Nachbarn umschaun. Es gibt ja Gründe dafür, die nun einmal auch hausgemacht sind, warum Bergneustadt bei Wirtschaftskraft, Innovation und Steuerbelastung zu häufig negativ auffällt.

Angesichts der wirtschaftlichen Lage unserer Stadt muss klar sein, dass wirtschaftliche Überlegungen vorrangiges Interesse haben müssen. Wir können auf Gewerbegebiete nicht verzichten, sondern müssen sie ausbauen, um für Unternehmen interessant zu sein. Die Steigerung der Wirtschaftskraft hat für uns oberste Priorität. Dies ist für uns als SPD klar. Ein Verkauf städtischen Vermögens unter Wert gehört allerdings nicht dazu.

Wir lassen es seit Jahrzehnten zu, dass ein Drittel der Neustädter Schülerschaft zu Gesamtschulen abwandert. Das ist deshalb problematisch, da der Schulbesuch eine Kernidentifikation mit einer Kommune darstellt. Eine Gesamtschule an Stelle der Realschule und der Hauptschule auf dem Bursten, wie im Schulentwicklungsplan angedeutet, wäre eine gute Idee. Nur keine Panik! Wir unternehmen da erst etwas, wenn uns die Schulen signalisieren, dass sie diese Idee mittragen. Gegen den Widerstand der Schulen hat das keine Chance auf Realisierung. Aber noch einmal: Wir als Bürgerschaft müssen uns zusammen auf den Weg machen!

Es ist absehbar, dass wir einen Ärztemangel haben werden. Wir als SPD sind mit dem Vorschlag eines Ärztehauses oder eines medizinischen Versorgungszentrums in kommunaler Hand im Wahlkampf angetreten. Dies wäre eine gute Idee. Orte dafür gibt es, wie z.B. die Krawinkelwiese, aber auch Räumlichkeiten am Breiten Weg, sollte die Realschule irgendwann tatsächlich an den Bursten ziehen.

Der Energiemarkt ordnet sich neu. Hier haben wir eigene Stadtwerke vorgeschlagen. Da würden wir gerne dem Beispiel der Gemeinde Nümbrecht folgen. Mit dem Wasserwerk haben wir ja angefangen. Die Energiepolitik mit kommunaler Stromgewinnung wäre nur eine logische Fortsetzung. Auch hier verlangt es Erneuerungswillen. Wir laden alle Ratsfraktionen ein, dieses Projekt mitzutragen.

Stadtwerke und Ärztehaus wären zwei Beispiele für kommunales Unternehmertum. Wenn die Coronakrise und die Finanzkrisen uns etwas gelehrt haben sollten, ist es, dass sich ein fortschrittliches Land keinen schwachen Staat leisten kann. Ein starker Staat braucht starke Kommunen und der Staat tritt den Bürgern vor allem als Kommune gegenüber. Wir wollen Kommunen, die in der Daseinsvorsorge selbst wirtschaftlich agieren, Investitionen tätigen und Arbeitsplätze schaffen.

Wir dürfen uns als Bergneustädter nicht mehr mit den hinteren Plätzen zufriedengeben. Unser Anspruch muss sein, dass wir als Stadt wieder vorne mitspielen. Dies geht nur, wenn man Mut zur Erneuerung hat.

Wir bedanken uns bei der Verwaltung und hier an erster Stelle bei unserem Kämmerer Bernd Knabe für die Aufstellung des Haushaltes.

Wir als SPD-Fraktion werden dem Haushalt 2021 zustimmen.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!